

Wildbader Tagblatt

(Enztalbote)

Amtsblatt für Wildbad, Chronik und Anzeigenblatt für das obere Enztal.

Erscheint täglich, ausgenommen Sonn- und Feiertags. Bezugspreis halbmöndlich 65 Pfennig frei ins Haus geliefert; durch die Post bezogen im inderdeutschen Verkehr monatlich 1.50 Mk. Einzelnummern 10 Pf. Girokonto Nr. 50 bei der Oberamtsparkasse Remsbürg Zweigt. Wildb. : Bankkonto: Enztalbank Komm.-Ges. Haberle & Co. Wildbad. : Postfachkonto Stuttgart, 29 174.

Anzeigenpreis: Die einseitige Zeile oder deren Raum im Bez. Grundr. 15 Pfg., außerh. 20 einchl. Inf.-Steuer. Reklamezeile 40 Pfg. : Rabatt nach Tarif. Für Offerten u. bei Kustumferteilung werden jeweils 70 Pfg. mehr berechnet. : Schluss der Anzeigennahme tägl. 8 Uhr vorm. : In Kontraktfällen od. wenn gerichtl. Betreibung notw. wird, fällt jede Nachlassgewähr weg.

Druck, Verlag u. Hauptschriftleitung Theodor Gsch. für den lokalen Teil verantwortl. Karl Th. F. Hum in Wildbad

Nummer 138

Februar 179

Donnerstag, den 17. Juni 1926

Februar 179

61. Jahrgang

Nach Schacht Gothein

Ein bekannter württembergischer Abgeordneter schreibt uns:

Der Reichsbankpräsident Dr. Schacht ist aus der Demotrafischen Partei ausgestiegen, weil er ihre unsichere Haltung in der Fürsteneignungsfrage mißbilligt hat.

Nun nimmt auch ein anderer hervorragender Demokrat den Kampf gegen seine eigene Partei auf und wendet sich gegen die Freigabe der Abstimmung in der Fürsteneignung; es ist der frühere Reichsminister Gothein, Mitglied des Reichstags. Gothein veröffentlicht im „Hamburger Fremdenblatt“ einen Artikel, worin er namentlich auch das Märchen abtut, als ob schon Bismarck ein Entegner gewesen sei.

Sodann fährt Gothein fort: wenn die entschädigungslose Enteignung des Vermögens bei einer Gruppe von Menschen zulässig sei, so sei das auch andern gegenüber erlaubt; deshalb hätten die Deutschvölkischen, wenn sie auch die Börsenvermögen einzeln wollten, nur die Schlussfolgerung aus dem sozialistisch-kommunistischen Antrag gezogen. Gothein hat Recht; wenn Enteignung der Fürsten, die seit Jahrhunderten das Wohl und Wehe unseres Volkes teilten, warum dann nicht auch Enteignung von Börsenmagneten, die vielfach unserem Volke ganz fremd sind? Abgehoben von den bekannten Multimillionären Rothschild, Mendelssohn, Reichröder und Oppenheim — das Vermögen von Lazarus Speyer in Frankfurt wurde schon 1914 auf 100 Millionen Goldmark geschätzt, ebensolch das Vermögen der Hamburger Stern und Wertheimer; dazu erwerben sich in allerjüngster Zeit ein Otto Wolff, ein Jakob Michael und andere ähnlich hohe Vermögen. Gothein weist darauf hin, daß der oberste Grundfah eines Rechtsstaates die Rechtsgleichheit aller Bürger sei; er werde aber durch den sozialistisch-kommunistischen Antrag aufs schwerste verletzt.

Gothein kommt auch auf die Kriegsbeschädigten, die Kriegsanzahlbesitzer, die Sparrer usw. zu reden und fragt, ob ein Unrecht dadurch gutgemacht werde, daß man ihm auch noch anderes zufüge. Es ist auch nicht so, daß gerade den Fürsten Millionen und Milliarden von ihrem früheren Vermögen gelieben wären, wie jeder Deutsche haben auch sie zum Durchhalten im Weltkrieg beizutragen versucht; der Kaiser hat einen Erlaß herausgegeben, der generell die Weisung enthielt, alle verfügbaren Beträge in Kriegsanzahl zu zeichnen; es mußten zu diesem Zweck sogar besondere Darlehen aufgenommen werden.

So wurde auch bei der Auseinandersetzung z. B. zwischen dem preussischen Fürstenhaus und dem Staat dem ersteren nur 17 v. H. seines restierenden Privatvermögens belassen; alles andere erhielt der Staat. Der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, ehemals einer der reichsten Fürsten im Reich, hat bei der Teilung von seinem Hausgut, dessen Charakter als Privateigentum niemand bestritt, nur etwa 7 v. H. erhalten; alles andere ging an den Staat über. In Anhalt erhielt der Herzog von seinem Privatvermögen nur 7 v. H., in Altenburg nur 1,7 v. H. Das sind die wahren Zahlen.

Deshalb sind auch die Schwindelketeu bodenlos, die dartin sollen, was das Volk, wenn eine entschädigungslose Enteignung stattfände, erhalten sollte. In Preußen würden die Schlösser und Gärten überhört keinen Reinertrag abwerfen, sie erfordern schon heute Zuschuß; die Kunstwerke ebensowenig, da sie Museumszwecken dienen würden. Der Reinertrag der fraglichen Objekte wäre auf den Kopf der Bevölkerung jährlich nicht mehr als 9 Pfennige ausmachen.

Mit Recht macht Gothein auch auf die Folgen aufmerksam, die sich einstellen würden, wenn der Volksentscheid durchginge. Es fragt sich, ob sich dann nicht Bayern, Württemberg, Baden und andere Länder weigern würden, das Gesetz durchzuführen, denn die meisten Länder haben sich ja mit ihren früheren Fürstenthümern abgefunden. Das Gefüge des Reiches wäre andersfalls Erschütterungen ausgesetzt, die die schwersten Nachteile nach sich zöge.

Gothein ist der Überzeugung, daß auch Hindenburg sein Amt niederlegen würde; er würde seinen Namen kaum unter ein Gesetz schreiben, das demnach wider alles Recht wäre. Im Reich läme eine scharfe Linkeregierung ans Ruder, mit Einschluß der Kommunisten, und dann läme die Enteignung in großem Maßstabe. Der Kommunistenführer Greiner hat im heftigen Landtag gesagt: „Wenn die Fürsteneignung erst durchgeführt sein wird, dann steht der Weg offen, das gesamte Privateigentum zu enteignen, dann kommt eines nach dem andern, denn das erstreben wir“. Also, nach den Fürsten die Kirchen, dann die Hausbesitzer und Bauern. Daß auch eine geistliche Volkseweiserung folgte, ist klar; sie wird auch die christlichen Schulen beseitigen.

Eine solche Volkseweiserung Deutschlands, die überhaupt den Rest jeder staatlichen Ordnung zerbrechen würde, würde auch des Ausland nicht unberührt

Tagespiegel

Unter Vorsitz des Reichsanzlers und in Gegenwart des Reichsministers für Ernährung und Landwirtschaft und des Reichswirtschaftsministers wurden heute vormittag die Besprechungen mit den Regierungsparteien über den schwedischen Handelsvertrag und die landwirtschaftlichen Zölle fortgesetzt.

An der Technischen Hochschule Hannover ist heute der normale Vorlesungsbetrieb wieder aufgenommen worden. Zu Zwischenfällen ist es nicht gekommen.

Die ungar. Regierung hat beim schweizerischen Bundesrat die gerichtliche Verfolgung von Ivan Juth nachgesucht. Der Bundesrat dürfte diesem Ersuchen entsprecheu.

Ein Antrag der Arbeiterpartei, den Etat des Arbeitsministeriums herabzusetzen, wurde vom Unterhaus mit 299 gegen 138 Stimmen abgelehnt.

Der amerikanische Kongress schlug endgültig alle Eigentumsanträge dieser Session nieder.

lassen; das Ausland hatte zu einem vorwegewerteten Deutschland kein Vertrauen. Die Kredite und Bestellungen blieben aus. Und dann erst recht eine ungeheure Arbeitslosigkeit! Nicht umsonst hat sich auch die Reichsregierung, die gewiß nicht in dem Verdacht steht, fürstlichfreundlich zu sein, dem Volksentscheid gegenüber ablehnend verhalten.

Darum die Augen aufgemacht. Es sind die niederen Instanzen im Reich, an die sich in diesem Kampf Sozialdemokratie und Kommunisten wenden, und die demokratische Partei magt nicht, ihnen entgegenzutreten! Eine neue Flutwelle des Durcheinanders würde über Deutschland hinstürzen. Wer das will, der tue, was er nicht lassen kann. Wer das nicht will, der lasse die Hand von dem freiesrischen Beginnen und bleibe am Wahltag zu Hause. Deutschland stand schon einmal in Gefahr, einen Leichenstein zu bekommen mit der Inschrift: Finis Germaniae, „mit Deutschland ist's aus!“. Das wollen wir nicht noch einmal erleben.

Neue Nachrichten

Hochwasser in ganz Deutschland

Berlin, 16. Juni. Die großen Regengüsse der letzten Tage haben ganz Deutschland riesige Wassermengen zugeführt. Aus allen Teilen kommen Nachrichten über Hochwasser. Die großen Ströme führen ungeheure Wassermengen, so daß in einzelnen Teilen Deutschlands schon Hochwassergefahr droht. Die Oder ist in ihrem Oberlauf in den letzten 24 Stunden um 3 Meter gestiegen. Am Kreise Ralibor sind mehrere tausend Morgen Feldbestände überflutet. In der Gegend von Meissen sind mehrere Ortschaften völlig vom Wasser umgeben und auch Menschen und Vieh befinden sich in Gefahr. Die Elbe führt gleichfalls steigendes Hochwasser. Die Schiffsahrtsgesellschaften haben heute morgen den gesamten Personen- und Frachtverkehr bis auf weiteres eingestellt. In Breitig ist ein Damm gebrochen. Die gefährdete Bevölkerung arbeitet seit gestern abend an der Dammerstellung. Der Spiegel des Bodensees ist gestiegen, so daß die schweizerischen Dampfsboote nicht mehr unter der Rheinbrücke bei Konstanz verkehren können. Die Anschlüsse für die Eisenbahn werden durch Motorboote aufrecht erhalten. Der Rhein steigt ständig weiter.

Deutsch-französisches Aufwertungsabkommen

Berlin, 16. Juni. Zwischen der deutschen und der französischen Regierung ist ein Abkommen über die Durchführung der deutschen Aufwertungs-gesetze abgeschlossen worden, das in Berlin ratifiziert worden ist. In dem Abkommen wird der Grundsatz der Weisbegünstigung auf dem Gebiete des Aufwertungsrechtes vereinbart. Die französische Regierung gibt den deutschen Staatsangehörigen die bisher auf Grund des Versailler Vertrages unter Zwangsverwaltung gestellten deutschen Markanleihen frei. Sie empfängt dafür von dem Einlösungsbetrage, den die deutschen Gläubiger dieser Anleihen nach dem deutschen Ablösungsgesetz auf die freigegebenen Anleihen erhalten, soweit sie Länder- oder Gemeindeanleihen sind, die Hälfte. Des weiteren bringt das Abkommen eine Aufwertung der deutschen Reichsangehörigen gehörenden Markanleihen, die elsaß-lothringische Gemeinden vor dem Waffenstillstand ausgegeben haben. Über die Durchführung des Abkommens wird das weitere später bekannt gegeben werden. Die Interessen wollen daher von Anträgen bis auf weiteres absehen.

Wiederbeginn der deutsch-französischen Verhandlungen

Berlin, 16. Juni. Die deutsche Wirtschaftsordnung ist unter Führung des Geheimrat Mattes und des Herrn von Schlieben in Paris angekommen, um mit den Franzosen wegen eines Handelsstellungsvertrags in Fühlung zu

treten. Die Reichsregierung hat nämlich den französischen Vorschlag angenommen, einen Teil der Vertragspunkte in einem Provisorium unterzubringen. Das Reichskabinett wird sich erneut mit der Frage des Abchlusses eines vorläufigen Wirtschaftsabkommens beschäftigen.

Das verachtete Ruslandgeschäft

Berlin, 16. Juni. Die Besprechungen der Reichsregierung mit den beteiligten Industrie- und Bankvertretern über den Russenkredit haben auch am gestrigen Tag zu keiner Verständigung geführt. Seltens der Industrie wurde zum erstenmal darauf aufmerksam gemacht, daß Sowjetrußland eine Anzahl Lieferungen, die schon ein Jahr zurückliegen, bis heute nicht bezahlt hat, was immerhin auch den Russenkredit für die Russenaufträge gefährden könnte. Auch in den gestrigen Besprechungen wurde wieder die geforderte Ermäßigung der Zinsen mit Rücksicht auf die Unsicherheit der russischen Geschäfte abgelehnt.

Sowjet-Agenten in Berlin

Berlin, 16. Juni. Für den kommenden Sonntag, den Tag des Volksentscheids, ruft die „Rote Fahne“ zu Massenkundgebungen des Volkes gegen die „kapitalistische Regierung“ auf. Es ist deshalb mit ersten Störungen zu rechnen. Der preussische Minister des Innern hat umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen für diesen Tag angeordnet. In Berlin sind sämtliche Urlaube der Schutz- und auch der Kriminalpolizei für Sonntag zurückgezogen worden. In den bisherigen kommunistischen Versammlungen in der Reichshauptstadt ist die Anwesenheit zahlreicher sowjetrussischer Redner besonders aufgefallen.

9 Millionen für Propaganda

Berlin, 16. Juni. Der Geldverbrauch der Enteignungsparteien zur Verberung des Volkes wird nach dem „Tag“ auf 9 Millionen Mark geschätzt. Davon sollen 6—7 Millionen Mark auf die Zentrale des Dr. Kuczynsky entfallen, die schon für das Volksbegehren 2 Millionen Mark ausgegeben hat. Zur Deckung dieser Summe, die z. B. die Kosten der Reichspräsidentenwahl um mehr als das Doppelte übersteigt, sollen größtenteils die Kassen der sozialistischen Gewerkschaften herangezogen werden sein. Demgegenüber besteht für selten der Enteignungsgegner nur eine lose Arbeitsgemeinschaft, an der sich das Zentrum nicht beteiligt, und die über keine bedeutenden Mittel verfügt. Von den Enteignungsparteien wird jedem Kriegsbeschädigten und jedem Arbeitslosen Bargeld versprochen. Gleichzeitig wird ihrer Gefolgshaft vorgeschwindelt, wenn der Volksentscheid nicht durchkomme, müsse jeder Deutsche den ehemaligen Fürsten 50 bare Mark zahlen.

Kommunistischer Wahlterror

Hamborn, 16. Juni. In der Nacht zum Mittwoch ereignete sich hier ein blutiger Zusammenstoß zwischen Bürgerlichen und Kommunisten. Als auf der Schillerstraße etwa 8 bis 10 Stahlhelmsleute mit dem Ankleben von Plakaten gegen den Volksentscheid beschäftigt waren, wurden sie von einer großen Anzahl Kommunisten und Rotfrontleuten bedrängt. Es kam zu einem förmlichen Gefecht, wobei 20 bis 25 Schüsse fielen und heftige Schlägereien stattfanden. Bei dem Zusammenstoß wurden 2 Personen durch Schüsse schwer verletzt. Mehrere andere Personen wurden leicht verletzt. Schließlich wurde die Straße von einer Abteilung Schutzpolizei geräumt, wobei 5 Verhaftungen vorgenommen wurden.

Die württembergische Studentenschaft gegen Lessing

Stuttgart, 16. Juni. Bei der gestern vormittag im Hause des Deutschen veranstalteten Sympathiekundgebung der Stuttgarter Studentenschaft für die Kommissionen in Hannover sprach der Vorsitzende des Vfa cand. mach. Schif. Es wurde eine Entschlieung angenommen, die die Studenten in Hannover zum Aushalten in dem Kampfe auffordert, der zu einer Sache der ganzen deutschen Studentenschaft geworden sei. Auch die Studenten in Hohenheim hielten vor dem Schloß in Hohenheim eine Versammlung ab und schlossen sich dem Protest der hannoverschen Studentenschaft an, indem sie heute den Vorlesungen fernblieben. — Auch in Tübingen versammelte sich die Studentenschaft zu einer Stellungnahme zu den Vorgängen in Hannover. Die Versammlung gestaltete sich zu einer starken Kundgebung für die um das Ansehen ihrer Hochschule kämpfenden hannoverschen Studenten. In den Ausführungen des ersten Vorsitzenden kam der Wille zum Ausdruck, durch einmütiges Zusammengehen aller deutschen Studentenschaften, die hannoversche Studentenschaft zu stützen und den um die Stellung des Professors Dr. Lessing entbrannten Kampf zu einem glücklichen Ende zu führen. Mit Bedauern wurde festgestellt, daß der preussische Kultusminister bisher keinen Weg gefunden habe, bei der Lösung dieses Konfliktes den berechtigten Gefühlen der Studentenschaft und weiter akademischer Kreise zu entsprechen. Die Versammlung beschloß mit überwiegender Mehrheit, folgendes Telegramm nach Hannover zu senden: Die Volkerversammlung der Tübinger Studentenschaft schließt sich dem



Telegramm des A. St. A. an und wünscht Ihrem Kampfe einen glücklichen Ausgang. Die Ausführungen und ein Antrag einer geringen Minderheit fanden in der Versammlung entschiedene Ablehnung.

Auch die Berliner Studenten sagen Hilfe zu

Berlin, 16. Juni. Die Studentenschaft der Berliner Hochschule hat gestern zwei Kundgebungen zum Fall Lessing veranstaltet. Es wurde eine Entschliebung angenommen, in der die Studentenschaft aller Hochschulen sich bereit erklärt, rüchhaltlos gegen jede Einschränkung der akademischen Freiheit und für die Würde der deutschen Hochschulen mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln einzutreten. Der Studentenschaft der Technischen Hochschule Hannover sagt sie getreue geistige und auch geldliche Unterstützung zu.

Der Magistrat von Hannover zum Fall Lessing

Hannover, 16. Juni. In einer vom Magistrat zum Fall Lessing gefassten Entschliebung, die dem preussischen Minister für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, Dr. Becker, übermittle wurde, heisst es u. a.: Der Magistrat hat bereits am 11. d. M. dahin Stellung genommen, Lessing solle in persönlicher Verhandlung durch den Oberbürgermeister ersucht werden, von seinem Lehramt freiwillig zurückzutreten. Professor Lessing hat aber die Abgabe einer Rücktrittserklärung abgelehnt, jedoch in anderer Beziehung Erklärungen abgegeben, die unseres Erachtens die sofortige Lösung des Streites herbeiführen müssen. Professor Lessing hat erklärt, dass er innerlich schon längst auf die Dozentur verzichtet habe und sich völlig freibleibe. Für ein weiteres gedeihliches Wirken als akademischer Lehrer fehlt ihm also die Hauptvoraussetzung, nämlich die innere Berufung. Damit muß der Streit nach den Erklärungen Professor Lessings selbst als gegenstandslos bezeichnet werden. Wenn die Staatsautorität in diesem Falle weiter eingegriffen würde, so würde sie pro nihilo angewandt werden. Der Magistrat bittet weiter, ihm in dem zu erwartenden Bescheide zu bestätigen, daß die dem Oberbürgermeister von Herrn Professor Lessing wieder-gegebenen ansehnliche Ausrüstung des preussischen Herrn Ministers für Wissenschaft, Kunst und Volksbildung, die Stellung des Magistrats sei in dem Streitfall gleichgültig, der Wahrheit zuwiderläuft, denn unmöglich wird der Herr Minister der Stellungnahme der Behörde einer Großstadt wie Hannover bei einer ihrer wirtschaftlichen und kulturellen Belange bedrohenden Frage kein Gewicht beilegen.

Nach einer Meldung der Vossischen Zeitung aus Hannover reiste Prof. Lessing auf telegraphische Einladung nach Berlin, um mit dem preussischen Kultusminister und dem Ministerpräsidenten zu verhandeln.

Rücktritt Briands

Paris, 16. Juni. Das Kabinett Briand hat gestern abend nach einem einstündigen Ministerrat seinen Rücktritt angenommen, den der Präsident der Republik auch annahm. Damit hat das 9. Kabinett Briand nach einer Lebensdauer von 99 Tagen sein Ende erreicht. Die Pariser Morgenpresse rechnet allgemein damit, daß Briand als erster Minister der Republik zurücktritt. Als Finanzminister wird in erster Linie Poincaré genannt. Das „Echo de Paris“ teilt mit, daß schon in den letzten Tagen Freunde Briands bei Poincaré Fährten ausgesprengt hätten. Briand hat nach seiner Rückkehr vom Präsidenten der Republik den Pressevertretern in einem längeren Interview die Gründe für seinen Rücktritt auseinandergesetzt. Daraus geht deutlich hervor, daß Briand ohne unmittelbare Notwendigkeit nur zurückgetreten ist, um die Bildung eines Ministeriums der nationalen Einigung zu ermöglichen. Er erklärte, daß es für ihn nach Poincarés Rücktritt fast unmöglich gewesen sei, einen neuen Finanzminister zu finden, und auch dann hätte er vor der Kammer nach wie vor einen Eierkatz aufführen müssen. Er habe deshalb der öffentlichen Meinung nachgegeben, die ein wirkliches Ministerium der nationalen Einigung fordere. Auf alle Fälle aber müssen, wenn dies nicht möglich sei, eine Reihe bedeutender Persönlichkeiten außerhalb der politischen Gruppen sich vereinigen, die im In- und Ausland Vertrauen genießen und so das Werk der Fraktionierung durchzuführen könnten. Dies sei allerdings bei der jetzigen Zusammensetzung der Kammer nicht leicht. Die Briand naheliegende Presse forderte im Anschluß an diese Ausführungen des Ministerpräsidenten ein Kabinett, das sich vom Parlament weitgehende Vollmachten für die Lösung der Finanzkrise geben lassen müßte, d. h. eine Art Diktatur. Sogar die Presse des Kartells, die bisher ein Kabinett Herriot forderte, anerkennt die Notwendigkeit, eine unpolitische Regierung zu bilden.

Ein neuer Aufruf des elsass-lothringischen Heimatbundes

Paris, 16. Juni. Wie der „Temos“ aus Straßburg

melde, veröffentlicht das Komitee des elsass-lothringischen Heimatbundes heute früh in der katholischen Presse des Oberelsaß einen neuen Aufruf, in dem der Heimatbund erklärt, daß er von seiner Kundgebung nichts zurückzunehmen habe und daß er alle diejenigen in Schutz nehme, die von der Regierung gemahregelt worden seien. Der Aufruf schließt mit den Worten: „Kläfter und Vorkrieger! Jeder neue Gewaltakt der Regierung beweist mehr denn je, von welchen Gefahren die elementaren Rechte in Elsaß-Lothringen bedroht sind. Schließt euch also mehr als bisher zusammen zum Kampfe für die natürlichen Rechte des Landes!“

Baldwin um englischen Streit

London, 16. Juni. Das Unterhaus war stark besetzt, als Premierminister Baldwin gestern nachmittag seine lang erwartete Erklärung über die Kohlenkrise abgab. Baldwin führte aus, er halte es für überflüssig, die erste Lage besonders zu unterstreichen, und müsse sich damit begnügen, als Beweis dafür die Tatsache anzuführen, daß England Kohlen im Auslande kaufen müsse. Das einzige Hilfsmittel sei seiner Ansicht nach die Reorganisation der Industrie und eine Herabsetzung der Gesamtproduktion. Nach langen Erwägungen sei die Regierung zu dem Schluß gelangt, daß eine Verlängerung der Arbeitszeit im Bergbau unerlässlich sei. Unter diesen Verhältnissen werde die Regierung in den nächsten Tagen einen neuen Gesetzentwurf vorlegen, durch den die Arbeitszeit der Bergarbeiter auf unbeschränkte Zeitdauer von sieben auf acht Stunden erhöht werde. Es sei selbstverständlich, so schloß Baldwin, daß die Regierung, falls eine Einigung auf dieser Grundlage der Regierungsvorlage zustande kommen sollte, der Kohlenindustrie eine zeitweilige Hilfe gewähren würde.

Die Erklärung Baldwins über die Kohlenkrise hat die englische Presse im allgemeinen enttäuscht. Man hatte ein energisches Durchgreifen und eine großzügigere Behandlung des Problems erwartet. Die Konservativen zeigen keinerlei Enthusiasmus über die Vorschläge Baldwins und klammern sich daran, daß die Einführung des Achtstundentages die einzig mögliche Lösung darstelle. Die liberalen Zeitungen nennen die Rede Baldwins einen Verzicht; er habe den Grubenbesitzern gegenüber nicht genügend Autorität gezeigt. Die Mitglieder der Arbeiterpartei sind geschlossen gegen die Vorschläge Baldwins. Die „Times“ veröffentlicht den Vorläuf der englischen Note an Rußland und die Antwort der Sowjetregierung, in der es heißt, in Rußland besitze kein vollständiges Ausfuhrverbot für Geld, sondern es sei jeweils ein besonderer Erlaubnischein notwendig, der in diesem Falle entsprechend dem Willen der russischen Arbeiter erteilt worden sei. Beide Noten zeichnen sich durch ihre Mäßigkeit aus.

Rücktritt Briands?

Paris, 15. Juni. Der Sturmlauf der Opposition gegen das Beamten-Kabinett Cerny hat die Stellung des Außenministers Briands als einzigen parlamentarischen Ministers unhaltbar gemacht. Der Klub der Abgeordneten und Senatoren der tschechischen Sozialisten, der Partei des Außenministers, hat gemeinsam mit dem Volkswirtschafts- und Arbeiterklub, dem Ministerium für den Auswärtigen, der außenpolitisch in Genf weilte, telegraphisch zum Austritt aus der Regierung aufzufordern.

Polen beharrt auf seinem Raub

Warschau, 16. Juni. Auf Anfrage der enteiagneten Deutschen Besizer hat die polnische Staatsregierung eine Mitteilung gegeben, die vom 12. d. M. datiert ist und der zufolge eine Rücknahme der verfügten Liquidationen nicht in Aussicht genommen ist. Bekanntlich hat das Haager Schiedsgericht in dieser Frage gegen Polen entschieden. Daß sich Polen einfach über den Schiedspruch hinwegzusetzen scheint, beweist wieder die völlige außenpolitische Ohnmacht des Deutschen Reichs, das keine Zwangsmittel mehr hat, um gegenüber seinem kleinen Nachbarstaat zu seinem Recht zu kommen.

Württemberg

Evangelischer Landeskirchentag

Am Mittwoch vormittag setzte der Landeskirchentag seine Beratungen fort. Dabei stand im Mittelpunkt die Frage, wie die weitgehenden Forderungen, die die Gemeinschaften des Bräderbundes für Freigabe der Abendmahlstische stellen, zu beurteilen seien; im Gegensatz zu denselben erfolgten bedeutungsvolle Erklärungen von Vertretern der älteren Gemeinschaften. Zunächst erläuterte Kirchenpräsident V. Dr. von Herz die besonderen Anlässe, die der Oberkirchenrat von Abendmahlstischen im engeren Kreis ins Auge gefaßt hat: Freizeiten, besondere Veranstaltungen von Jugendbänden und von Gemeinschaften, nicht aber Miß-

billigkeiten zwischen dem Vorsparrer und Gemeindegliedern oder Sonderfeiern gleichzeitig mit dem Gemeindegliedern. Es gelte das in Württemberg überlieferte glückliche Verhältnis zwischen Kirche und Gemeinschaften durch die neuen Schritt zu festigen, aber der Oberkirchenrat könne den Kreis der zur Leitung von Abendmahlstischen solcher Art ermächtigten Personen bestimmt nicht erweitern. — Gegenüber einer Anfrage des Abg. Schnauer, warum der Oberkirchenrat nicht für die Uebertragung der Abendmahlstischen an einen andern als den Ortsgeistlichen die Ausstellung einer schriftlichen Erlaubnis des Äbteren wie sonst in ähnlichen Fällen fordere, bemerkt der Kirchenpräsident, daß dies die Schwierigkeiten, beiderseits vermehren würde; durch die Begrenzung der ermächtigten Personen sei die Kirchenbehörde durchaus in der Lage, gegen Mißbräuche einzuschreiten.

In großem Maße Darlegung trat der Führer der Gruppe 1, Abg. Reiff, sowohl den weitergehenden Forderungen wie auch den Bedenken gegen die Vorlage entgegen. Am Beispiel des württembergischen Methodismus wies er nach, daß die Sonderfeier des Abendmahls zur Kirchenbildung führe. Die Abendmahlstische sei aber auch wie nichts anderes geeignet, den Blick des engeren Kreises auf das Ganze zu lenken. Den beabsichtigten verantwortlichen Schritt müsse man darauf prüfen, ob er dem Wesen der Kirche und des Evangeliums entspreche und den Faden der Geschichte nicht abreiße; unter beiderlei Gesichtspunkten dürfe er gewagt werden. — Die Abg. Saur und Kernzinger als Vertreter der Gemeinschaften dem Oberkirchenrat deren herzlichsten Dank für das in der Vorlage beabsichtigte Entgegenkommen aus und wendeten sich mit Entschiedenheit gegen die Forderungen des Bräderbundes. In ähnlicher Weise äußerte sich Abg. Otto.

Präsident V. Dr. Holzinger stellt als Vertreter des Oberkirchenrats fest, daß auch dieser durch die Forderung des Bräderbundes überrascht sei, der bei den bisherigen Verhandlungen mit dem Oberkirchenrat nicht mehr als das in der Vorlage Gewährte gewünscht habe. Der Oberkirchenrat lehne die weiteren Forderungen ab.

Die Beratungen gehen weiter.

Stuttgart, 16. Juni. Die Arbeiten des Landtags. Der Ältestenrat des Landtags hat in einer heute abgehaltenen Sitzung beschloffen, mit der Beratung des Etats und der Geschäftsordnung bis zum 26. Juni endgültig fertig zu werden. Alle übrigen Sachen, wie Ministergehalt usw. sollen auf eine Tagung in Herbst zurückgestellt werden. Ferner wurde beschloffen, daß sich der Landtag am 28. Juni an dem Jubiläum der Fachschulen in Gmünd beteilige.

Sommerschloß-Gedächtnisfeier. Fast fünf Monate lang, vom 24. Juni bis zum November 1916, hat die 26. Ref.-Division in der Hölle der Sommerschlacht fast ohne Ablosung ausgehalten — eine felsenfeste Mauer — ein Vorbild deutscher Einheit, wie wir sie heute brauchen. Im Andenken an sie findet am Sonntag, 27. Juni, vorm. 10 Uhr in Stuttgart eine Gedächtnisfeier auf dem Waldriedhof statt. Nachmittags 3 Uhr Zusammenkunft in den Räumen des Württembergischen Museums, Ecke Lange- und Kronprinzstraße. Zur Teilnahme sind die ehemaligen Angehörigen der Division und die Hinterbliebenen dringend eingeladen. Für die Angehörigen der Kameraden der 26. Ref.-Div., sowie für die Angehörigen der gefallenen Kameraden sind Eintrittskarten für die Gedächtnisfeier in der Zeit vom 21.—26. Juni bei Karl Gedächtnisfeier, 11 a. in Stuttgart kostenlos erhältlich. Ohne Karten ist der Zutritt nicht gestattet. Sie berechnen gleichzeitig zur Teilnahme an der Zusammenkunft nachmittags.

Werbekau-Vorträge. Im Rahmen des vielbesuchten „Werbekau“-Ausstellung werden täglich Vorträge über die verschiedensten Wissensgebiete der modernen Arbeits- und Betriebsmethoden und Organisationsmittel, der Industrie, Handels-, Verkehrs- und Export-Propaganda etc. abgehalten.

Wohlfahrtsstag der Zentralkomitee für Wohltätigkeit in Württemberg. Am letzten Montags fand im Festsaal des Handelshofs eine von der Zentralkomitee für Wohltätigkeit veranstaltete Wohlfahrtsstagung statt. Es nahmen an ihr teil die Vertreter der Ministerien, des Landtags, des evangel. Oberkirchenrats, des bishöflichen Ordinariats und einer Reihe anderer staatlicher, städtischer und kirchlicher Behörden usw. In seiner Begrüßungsansprache betonte der Vorstand der Zentralkomitee, Staatsrat Rau, daß die Zentralkomitee es sich zum Ziel setze, die freie Wohlfahrtspflege des Landes zu vereinigen, systematische Arbeit zusammenzufassen und ihre Anregung und Förderung angedehnt zu lassen. Zur Behandlung stand die im Hinblick auf das von vielen geforderte und in verschiedenen Entwürfen bereits vorliegende

Schwere Ketten.

Erzählung von R. Arnefeldt.

Autorisierte Uebersetzung.

66

„Schweigen! Schweigen! Schweigen!“ schrie Richard entsetzt und wehrte mit der Hand; der Amtsrat ergriff sie und hielt sie fest.

„Halten Sie mich nicht für roh und gottlos, Richard“, sagte er, „aber ich kann mir nicht helfen. Ich halte es für einen gescheiterten und vielleicht für den einzigen verständigen Streich, den dieser Vernini in seinem Leben begangen hat, daß er sich davon machte. Er hat uns von großen Verlegenheiten, und zwei lebenswürdige, schöne Frauen von schweren Ketten befreit.“

Richard stieß einen tiefen Seufzer aus und blickte finster vor sich nieder. „Sie vergessen, daß, wenn er auch tot ist, seine furchtbare Aussage bestehen bleibt.“

„Sie dringt nicht in die Oeffentlichkeit.“

„Doch! meine Schwester wird sich, sobald sie geneigt, wegen der Anklage auf Diebstahl zu verantworten haben.“

„Richard, was sagen Sie da!“

„Habe ich Ihnen nicht erzählt, daß sie Vernini die Schlüssel gegeben hat, um das Geld aus den eisernen Schränken meines Vaters zu nehmen?“

Der Amtsrat schlug sich vor die Stirn.

„Fatale, dumme Geschichte!“ brummte er; „wenn sie nach Paris gehen wollten, müßte sie doch Reisegeld haben.“

„Ein unbestreitbarer Satz“, entgegnete Richard, der über die drohende Logik des Amtsrates trotz seines Nummers lachen mußte, „nur wird er schwerlich als mildernder Umstand gelten.“

„Mildernder Umstand, papperlapap“, grollte der Amtsrat. „Von der ganzen Geschichte sind schon viel zu

viel Umstände gemacht. Ich dachte, die hochweisen Herren vom Gericht wären froh, wenn andere Leute still wären und es nicht an die große Glocke schlugen, daß sie unskuldige, vernünftige Menschen einsperrten und einen gefährlichen Narren frei umherlaufen ließen.“

In seinem Eifer sprang er die Stufen hinab und rannte ein paarmal um den Rosenplatz herum, während Richard langsam und mit gefenstem Haupte seinen Gang über die Terrasse fortsetzte. Nüchtern stand der Amtsrat wieder vor ihm und rief mit strahlendem Gesicht:

„Jetzt hab' ich's!“

„Was?“

„Daß Sie ein Narr sind, Richard!“

Der junge Mann blickte ihn mit großen Augen an.

„Wie so?“

„Weil Sie sich mit Hirngespinnsten plagen. So lange der Russer lebte, so lange eine öffentliche Gerichtsverhandlung zu fürchten war, hatte Ihre Resonanz eine Berechnung; jetzt könnte eine Anklage gegen Ihre Schwester nur erhoben werden auf Ihren Antrag.“

„Epitän, wäre das möglich?“

„Ich hätte Sie für einen besseren Juristen gehalten! Da Sie mir aber nicht zu glauben scheinen, so schlaue ich vor, wir machen soaleich dem Untersuchungsrichter in Hallstadt einen Besuch. Er weiß um die Geschichte, also ist es am besten, wir fangen ihn und weisen nicht erst einen anderen ein.“

Richard gina bereitwillig auf den Vorschlag ein, und die beiden Herren fuhren nach Hallstadt, wo der Gerichtsrat Evidens Anklage bestätigte; die Peststrafung Helenens von Evidens konnte nur auf den Antrag ihres Vaters und nach dessen Tode auf den ihres Bruders geschehen. Der Richter gab gleichzeitig das Verprechen seines unverbrüchlichen

Stillschweigens. Ferner teilte er Richard mit, daß Herta Hedelund am nächsten Tage entlassen werden würde.

Dem Amtsrat teilte er nicht, in welche Richtung Aufregung die letztere Mitteilung seinen jungen Freund versetzte. Während der Fahrt von Hallstadt nach Wendenburg sprach der Baron kein Wort und starckte vor sich hin. Erst beim Aussteigen ermannte er sich und sagte dem Amtsrat einige Dankesworte.

„Keine Ursache“, lachte dieser, „werde mir meinen Lohn schon einkauffieren.“

„Epitän, Sie sind bewundernswürdig!“

„Ei, so nehmen Sie sich doch ein Beispiel an mir!“ flüsternte der Amtsrat mit listigem Augenzwinkern und schnitt Richard seine Erwiderung ab, indem er sich schnell entfernte.

Der junge Baron blieb in einem Aufruhr aller Gefühle zurück. Schlag auf Schlag waren sich wieder die erschütternden Ereignisse angefügt: die Entdeckung des wahren Mörders, Epitäns Anklage und tatkräftiges Eingreifen, Verninis Selbstmord. Besonders der letztere hatte in ihm einen wahren Sturm erweckt. Herta war frei von dem schmachvollen Bande, das sie gefesselt hatte, ihre Unschuld an dem Morde und auch an dem Diebstahl war erwiesen. Und dennoch war sie für ihn verloren, — das herrliche Bild, das er von ihr in seinem Herzen getragen, hatte einen Schatten erhalten, der es unkenntlich machte.

Er glaubte und beharrte sich ein. Herta nicht mehr zu lieben, und doch beständige der Gedanke an sie und die Sorge um ihr Schicksal ihn mehr, als die Erinnerung an den Vater und das Geschick seiner Schwester. Er wollte sie nie wiedersehen, und er schaute, wo er ging und stand, doch nur ihre holde Gestalt. (Fortsetzung folgt.)

Württembergischer Landtag

Stuttgart, 16. Juni.

Im Landtag wurde gestern nachmittag die Beratung des Etats des Innern fortgesetzt. Der Abg. Eljas (Dem.) wandte sich gegen die hohe Belastung durch die Polizei. Der Redner wandte sich weiter gegen die Beschränkung des Umgehörschaffens und betonte, daß die Zeit zu einer raschen Verwaltungsreform dränge und besahle sich schließlich noch mit der Elektrizitätswirtschaft, die mehr vereinheitlicht werden sollte und die am Anfang großer Entwicklungen stehe. Der Abg. Ulrich (S.) begründete eine Große Anfrage betr. die Hitlerveranstaltung in Heilbronn, wobei es zu scharfen Auseinandersetzungen mit den völkischen Abgeordneten kam. Der Abg. Schneck (Komm.) begründete zwei Große Anfragen betr. das Verbot von Werbeveranstaltungen und die Verletzung der Wahlfreiheit bei den Gemeinderatswahlen durch die Polizei. Minister Holz erklärte, daß er die Anfragen wegen der Hochwasserschäden beantworten werde, sobald er die nötigen Unterlagen beisammen haben werde. Der Minister erkannte an, daß es trotz der Arbeitslosigkeit in Württemberg wirkliche Unruhen nicht gab. Trotz der Ruhe wäre es aber falsch, nicht wachsam zu sein. Hitler habe nach seiner sog. Revolution an Gefährlichkeit verloren und an Unerblichkeit gewonnen. Wenn die Sozialdemokratie dulde, daß Zehntausende von roten Frontkämpfern in Berlin aufmarschieren, dann könne man doch nicht verlangen, den viel kleineren Aufmarsch der Hitlerleute zu verbieten. In Heilbronn wie bei der Humbelveranstaltung in Tübingen lag die Unzufriedenheit bei den politisch Andersdenkenden. Der Potemkin-Film müsse im ganzen Reiche verboten werden. Die Berechnungskosten für die Polizei würden zurzeit vom Verwaltungsgerichtshof nachgeprüft. Wäre die Polizei nicht verstaatlicht, so hätte Stuttgart wesentlich höhere Polizeikosten. Die neue Gemeindeordnung sei fertiggestellt und werde dem Städtetag zur Aeußerung zugehen. Im weiteren Verlauf seiner Rede ging der Minister auf die Frage der Oberamtsaufteilung ein und teilte den Beschluß der Regierung mit, die Vorlage zur Aufhebung von 30 Oberämtern nicht einzubringen, weil die Regierungsparteien gespalten seien und auch die Opposition nicht einig sein werde, wenn es an die einzelnen Oberämter gehe. Die Regierung sehe ein, daß ein solcher Entwurf garnicht parlamentarisch verabschiedet werden könnte. Zur Frage der Wohnungszwangswirtschaft erklärte der Minister, daß er die gewerblichen Räume im Herbst vollends freigeben wolle. Im Jahr 1926 seien bis jetzt 7500 Wohnungen mit Mitteln bebaut worden und damit alle bis Ende März 1926 eingegangenen Gesuche beschieden. Der Beschluß werde aber zurückgezogen, wenn nicht innerhalb einer bestimmten Frist mit dem Bau begonnen werde. Der Abbau der Baustoffwerke sei angeordnet. Die Mietzinse bleiben bis 31. März 1927 unverändert. Schließlich kündigte der Minister noch die Vorlegung eines Gesetzentwurfs über die Beteiligung des Staates an den Borarlberger Wasserwerken an. Württemberg könne nicht genügend elektrische Kraft aus den eigenen Wasserkräften bekommen. Die Beteiligung an den Borarlberger Wasserkräften, vorerst nur mit 15 vom Hundert, werde Württemberg von Baden und Bayern unabhängig machen. In der Elektrizitätswirtschaft befinde sich Württemberg auf dem rechten Wege. Der Abg. Loris (V.D.) begrüßte mit Freude die Erklärung der Regierung, daß sie keinen Entwurf zur Zusammenlegung der Oberamtsbezirke einbringen will und betonte, es werde nun ein Aufmarsch durch das ganze Land gehen, nachdem diese Gefahr beseitigt sei. Nach weiteren Ausführungen der Abgg. Kant (S.) und Schlumpberger (Völk.) wurde die Weiterberatung auf morgen vertagt.

In der Mittwoch-Sitzung bezeichnete der Abg. Rath (V.D.) den Einfluß des Staatsministeriums auf die Einbringung einer Vorlage bezüglich der Aufteilung von 50 Oberämtern zu verzichteten, als unverständlich und unhaltbar. Die Frage werde nicht zur Ruhe kommen, bis eine Lösung herbeigeführt sei. Der Abg. bekannte sich weiter als Freund der Polizeiverstaatlichung und erklärte die Darstellung, wie der Abg. Ulrich den Heilbronner Vorkommnissen anlässlich der Hitlerveranstaltung gegeben hatte, als wenig wahrscheinlich. Der Abg. Pflüger (S.) meinte, in der Frage der Oberamtsaufteilung habe der Minister seine bessere Einsicht der stärkeren Regierungspartei unterworfen. Abg. Andre (S.) zollte dem Minister für die Wahrung von Ordnung und Ruhe im Lande Anerkennung und erklärte, daß durch die Reden im Landtag Herrn Hitler viel zu viel Ehre angetan werde. Die Debatte koste nur unnötig Geld. Das Ansehen der staatlichen Polizei sei größer als das der gemeindlichen und man dürfe nicht nur den Wohnungsbau fördern, sondern müsse auch die alten Wohnungen erhalten. In der Frage der Verwaltungsvereinfachung könne man nicht verlangen, daß der Minister mit dem Kopf durch die Wand gehe. Der Abg. Albert Fischer (Komm.) warf dem Minister vor, daß er für die Wohnungswirtschaft nichts getan habe, der Abg. Dr. Schermann (S.) stellte an den Minister die Frage, ob er bereit sei, die Detailfragen der Abtrennung einzelner Gemeinden zu prüfen und zu fördern. Der Abg. Mergenthaler (Völk.) vertrat die Auffassung, daß hinsichtlich der Staatsvereinfachung das parlamentarische System verlagte habe. Durch die Vertagung dieser Frage werde das Ansehen der Regierung nicht gehoben. Der Redner nahm dann noch den General Ludendorff gegen die Behauptung in Schutz, daß sich dieser am 9. November 1925 auf den Bauch geworfen habe. Dabei kam es zu scharferen Auseinandersetzungen. Der Redner und der Abg. Schlumpberger wurden zur Ordnung gerufen. Der Abg. Dr. Wüder (V.D.) stellte einen Antrag auf Abbau der Wohnungsämter durch Beschränkung ihrer Tätigkeit auf Aufgaben der Wohnungspflege und der Wohnungsaufsicht unter Ausschaltung gewerblicher Räume und großer Wohnungen. Außerdem sollen die Wohnungsämter bei der Vermietung kleiner Wohnungen sich auf die Ausgabe von Freizeiten beschränken und beim Wohnungstausch nicht mehr in Anspruch genommen werden, es sei denn, daß schwindelhafte oder wucherische Abmachungen vorliegen. Der Abg. Ulrich (S.) befürchtete Störungen des Volkseinkommens und verlangte polizeilichen Schutz. Minister Holz teilte mit, daß der Entwurf der Gemeindeordnung eine Verringerung der Zahl der Gemeinderäte vorsehe und erklärte sich bereit, alles zu tun, um die Durchführung des Volkseinkommens zu sichern. Nach persönlichen Bemerkungen der Abgg. Hölscher (V.D.) und Pflüger (S.) wurde die Abstimmung zurückgestellt. Schließlich begann man noch die Beratung der Kap. Bezirksverwaltung, Polizeikosten, staatliche Polizeiverwaltung, Landjägerskorps und Schutzpolizei. Dabei begründete der Abg. Pflüger (S.) einen Antrag, bei der Neugestaltung der Gemeinde- und Bezirksordnung die Polizeigewalt grundsätzlich bei der Gemeindeverwaltung zu belassen und bei der geplanten Umorganisation der staatlichen Polizei auf eine Rückgabe der Polizei an die Verwaltungen der mittleren Städte Bedacht zu nehmen. Der Abg. Schneck (Komm.) beantragte, die

Rosernierung der Schutzpolizei zu beseitigen. Auch über diese Anträge wurde die Abstimmung auf die morgige Sitzung verschoben.

Soziales.

Wildbad, 17. Juni 1926.

1. Versammlungen zum Volkseinkommen. Auch in Wildbad beginnt sich's nun zu regen, um je nach der Parteizugehörigkeit (andere geht's nun einmal in Deutschland nicht) Stellung zum Volkseinkommen zu nehmen. Während die Deutschnationale Volkspartei auf Freitagabend eine Versammlung in die Turnhalle einberuft, hatte der Allg. Deutsche Gewerkschaftsbund, Ortsauschuß Wildbad, schon auf gesternabend eine solche anberaumt und hiezu den Reichstagsabgeordneten Ropmann als Redner gewonnen. Die Versammlung war ziemlich gut besucht und die Zuhörer folgten den Ausführungen des sehr gewandten Redners mit großem Interesse. Er behandelte das Thema sowohl vom politischen als vom zivilrechtlichen Standpunkt aus und erntete reichen Beifall. Auch drei Diskussionsredner traten auf. Besonders zahlreich waren die Kriegsverletzten vertreten und es war unverkennbar, daß durch deren Reithen ein dumpfes Rollen und Grollen geht, was ja kein Wunder ist angesichts einer Entschädigung von täglich 27 1/2 Kriegsgrente, die ein mit 30% anerkannter Kriegsverletzter erhält vom verarmten Reiche! Dagegen nehmen sich die teilweise maßlosen Ansprüche der Fürsten freilich direkt herausfordernd aus. Ein Zwischenrufer, der bei den Ausführungen des Herrn Ropmann bei einer Stelle über württemb. Fürsten das Wort „Schwindel“ in den Saal schleuderte, rief begreifliche Aufregung hervor und es gab bei der Diskussion ein ziemlich scharfes Reconte zwischen ihm und dem Referenten, untermischt mit erregten, wenig schmeichelhaften Zwischenrufen. Jedenfalls hat es der Referent ausgezeichnet verstanden, das Thema in spannender, eindrucksvoller Weise zu behandeln und wohl auch so manchen Unentschlossenen für seine Ansichten über die Ansprüche der ehemaligen Fürsten zu gewinnen.

Abendunterhaltung des Radfahrervereins. Die am letzten Sonntag in der Turnhalle stattgehabte Abendunterhaltung des Radfahrervereins „Schwarzwaldbad“ Wildbad bot wieder, wie gewöhnlich, eine Fülle von sportlichen Darbietungen, die es verdienen, hervorgehoben zu werden. Der sportliche Teil wurde durch den kleinsten und jüngsten Fahrer des Vereins mit einer Reihe leichter Uebungen eingeleitet und großer Beifall belohnte den 16jährigen Erwin. Der bald darauf folgende Sechser-Schulreigen, ausgeführt von der Jugendmannschaft, zeugte von großem Fleiß. So wechselten im Lauf des Abends die drei Mannschaften des Vereins ständig mit schönen Uebungen, von denen u. a. auch der erstmals zur Vorführung gelangte Achter-Schulreigen erwähnt sei. Der Saalwart kann stolz sein auf seine Mannschaften! Den Schluß der sportlichen Darbietungen bildete das Zweier-Runnfahren auf einem Rad und ist es nur zu wünschen, daß die beiden angehenden Kunsttrobanten Weiteres hinzulernen. Eine große Ueber-raschung wurde im Laufe des Abends dem 1. Vorsitzenden zuteil, indem er anlässlich seines Geburtstages zum Ehrenmitglied ernannt wurde unter Ueberreichung einer prächtigen Ehrenurkunde. Mit einem kräftigen „All Heil“ auf den Vorsitzenden schloß auch dieser Teil des Abends, worauf die große Zahl der Tanzlustigen reichlich auf seine Rechnung kam. Dem fleißigen Orchester sei auch an dieser Stelle gedankt. Die Veranstaltung selbst war sehr gut besucht und die Vereinsleitung kann mit Stolz auf sie zurückblicken. Von den drei eingeladenen Vereinen, Turnverein, Fußballverein und Liederkreis, waren die beiden ersteren in großer Zahl erschienen, wofür auch an dieser Stelle herzlicher Dank gesagt sei; dieselben dürfen auch von Seiten des Radfahrervereins bei ihren Festlichkeiten auf weitgehende Unterstützung rechnen. Nur zu bald nahte die verlängerte Polizeistunde und mahnte zum Aufbruch. Die Teilnehmer an dieser Veranstaltung werden sicherlich mit Befriedigung an diese schönen Stunden zurückdenken. — All Heil!

Meisterprüfung. Die Prüfung als Elektromeister hat mit „gut bis recht gut“ bestanden Herr Oskar Walter, Maschinenführer an der Bergbahn Wildbad.

Kleine Nachrichten aus aller Welt

Unfallsfall bei einer Rote-Kreuz-Uebung auf dem Wannsee. Bei einer Rote-Kreuz-Uebung in Wannsee (bei Berlin), der der Gedanke zugrunde lag, Rettungsmaßnahmen bei einer Dampferexplosion zu zeigen, ist der 17jährige Schüler Jähde aus Rehendorf von Bord des als sinkend geltenden Schiffes, ohne das Kommando des Lehrers abzuwarten, ins Wasser gesprungen und ertrunken. Seine Hilferufe waren zuerst als zur Uebung gehörig aufgefaßt worden. Die Leiche konnte noch nicht geborgen werden.

Moskau—Berlin in 8 Stunden. Eine ganz ausgezeichnete Leistung konnte am Montag der Flieger Hans Lange, der bei der Luftansa die Strecke Berlin—Königsberg bestieg, vollbringen. Obwohl das Wetter außerordentlich ungünstig war, trat Lange mit der von ihm geführten Maschine die Reise von Königsberg an und flog nach Danzig in 40 Minuten und von Danzig nach Berlin in 2 Stunden 5 Minuten. Es gelang so, die aus Moskau kommenden Reisenden und die Post in 8 Stunden an ihr Ziel zu bringen. Die morgens in Moskau ausgegebene Luftpost konnte deshalb noch am gleichen Tag ihren Adressaten in Berlin zugestellt werden.

Zwei französische Flieger tödlich verunglückt. Bei einer Luftübung in der Nähe von Mainz, an der zehn französische Flugzeuge teilnahmen, stießen zwei Flugzeuge in der Luft zusammen und stürzten ab, wobei zwei Franzosen tödlich verunglückten.

Seltener Tod. Ein Offenbacher Gastwirt scherzte in seiner Wirtschaft mit einem Gast, indem sich die beiden hartgekochte Eier zuwarfen, die sie mit dem Mund aufzufangen suchten. Der Wirt fing ein Ei auf und versuchte es so unglücklich, daß er daran erstickte.

Schutz des Niagarafalls. Nach einer Meldung aus Ottawa haben sich die kanadischen und amerikanischen Behörden zur Einsetzung eines gemischten Ausschusses entschlossen, die die Erhaltung der Schönheiten des Niagarafalls prüfen soll.

Reichsbewahrungsgesetz besonders wichtige und interessante Frage der Bewahrung der gemeingefährlichen Personen. Die an das Thema sich anknüpfenden rechtlichen Fragen legte Regierungsrat Dr. Baumgarten vom württembergischen Justizministerium dar. Der ärztliche Leiter des Stuttgarter Bürgerhospitals, Professor Dr. Wexel, behandelte das Thema von der psychiatrischen Seite.

Arbeiterentlassungen. Die Firma Robert Bosch A. G. hat neuerdings für sämtliche Werke die Entlassung von insgesamt 1450 Arbeitern angeordnet. Bei der AEG. Merck & Co. Feuerbach kommt in der nächsten Zeit eine größere Zahl von Angestellten zur Entlassung.

Fleischpreisabschlag. Die Stuttgarter Metzgerinnung hat mit sofortiger Wirkung den Preis für Kalbfleisch 1. Güte von 1.20 M auf 1.10 M, 2. Güte von 1.10 M auf 1.— M herabgesetzt.

Vom Tage. Mittwoch mittag geriet ein 12jähriger Knabe Ede Böblingen- und Adlerstraße unter einen Straßenbahnwagen. Es wurde ihm das linke Bein am Knie abgefahren. — Die auf dem Bahnsteig bei Unterlürkheim gefundene Leiche eines 20 J. Mädchens, das sich in selbstmörderischer Absicht vom Eisenbahnzug überfahren ließ, ist erkannt. Das Mädchen stammt aus Goldbachhausen. Sie heißt Babette Schwenninger. — Im Chemiezimmer des Katharinenstifts entstand vermutlich durch eine fortbrennende Gasflamme ein Brand. Das Feuer wurde durch die Feuerwache 2 gelöscht. Der verursachte Schaden ist nicht unerheblich.

Baihingen a. E., 16. Juni. Aus dem Parteileben. Rechtsanwalt Dr. Eisele, der 12 Jahre lang Abgeordneter der deutsch-demokratischen Partei für den Bezirk Baihingen war, hat lt. „Enzboten“ in einem Schreiben an die Landesgeschäftsstelle Stuttgart seinen Austritt aus der Partei erklärt. In dem Schreiben heißt es: „Ich lehne es ab, mich künftig noch zu einer Partei zu bekennen, deren Leitung aus Mangel an Mut und Verantwortlichkeitsgefühl in den wichtigsten politischen und vaterländischen Fragen mehr und mehr versagt. Meine liberale politische Gesamteinstellung wird durch diesen Schritt, den ich nur schweren Herzens mache, selbstverständlich nicht berührt.“

Kirchheim u. L., 16. Juni. Beim Sams-tag wollte Schultze Krim von Holzmaden spät abends von hier heimwärts wandern. Er ist jedoch nicht nach Haus gekommen. Da seine Toppe in der Lindach aufgefischt wurde, nimmt man an, daß ihm ein Unglück zugestoßen ist und der Leichnam irgendwo im Wasser hängen blieb.

Weinsberg, 16. Juni. Beim Spielen verunglückt. Kinder spielten an einer alten Angerrennühle, die vor einer Schmiede aufgestellt war. Plötzlich fiel die Mühle um und begrub das Kind eines Schuhmachers unter sich. Es wurde ihm ein Fuß abgeschlagen.

Mösmühl M. A. Nedarfult, 16. Juni. Betrüger. In der Gegend treibt sich zurzeit wieder einmal ein Betrüger unter dem Namen Missionar Seeger aus Berlin herum. Er gibt an, auf einer Ferienreise zu sein, wohnt bei Privatens und in Pensionen und verschwindet nach einigen Tagen. Auch Darlehen soll er verschiedentlich erschwindelt haben.

Fachsenfeld M. A. Nafen, 16. Juni. Schließung der Schule. Auf Veranlassung des Oberamtsarzts mußte nunmehr auch die evang. Schule wegen Ueberhandnehmens der Masern vorläufig für 14 Tage geschlossen werden.

Herrenberg, 16. Juni. Haftgeldbetrüger. Zurzeit treibt sich der 69 Jahre alte, vielfach vorbestrafte Dienstknecht Martin Schick von Bih M. Baihingen im hiesigen Bezirk und Umgebung umher und verübt Haftgeldbetrügereien.

Freudenstadt, 15. Juni. Württ. Forstverein. Der Württ. Forstverein veranstaltete hier unter Vorsitz von Oberforststrat Dr. Dietrich seine Jahresversammlung.

Alpirsbach, 16. Juni. Sturz. Der Bauhandwerker Heinrich Junter fiel hier bei einem Neubau rüdlings zu Boden. Er hielt den Fall für harmlos. Bald stellten sich jedoch Blutungen ein. Im Freudenstädter Krankenhaus mußte ihm eine Niere entfernt werden. Er ist bald darauf gestorben.

Heidenheim, 16. Juni. Besuch des Staatspräsidenten. Die Volkshausspiele haben den württ. Staatspräsidenten und die Landtagsabgeordneten zum Besuch der „Nibelungen“ im Heidenheimer Naturtheater eingeladen. Vom Staatspräsidenten ist nun die Antwort eingegangen, daß er der Aufführung am 18. Juni anwohnen werde.

In unmittelbarer Nähe des römischen Kastells wurden bei Ausbesserungsarbeiten in der Olgastraße zwei römische Brunnen aufgedeckt mit einem Durchmesser von 1,2 Meter. — Im neubauten Schafhaus an der Straße nach Jang wurde die von der Stadt eingerichtete Jugendherberge unter zahlreicher Beteiligung eingeweiht. Oberbürgermeister Jähle übergab das Haus dem Führer der Jugendwanderbewegung, dem Abvereinsvorstand Prof. Rüggele, zum 70. Geburtstag als Jubiläumsgabe, als Zeichen des Danks und der Hochschätzung.

Ulm, 16. Juni. Oberschwäbische Elektrizitätswerke. Am Montag fand in Ulm eine Sitzung des Verwaltungsrats des Bezirksverbandes der O.S.W. statt. Die Sitzung diente in erster Linie der Vorbereitung der Verbandsversammlung, die in nächster Zeit über den Rechnungsabschluß für das Geschäftsjahr 1925 Beschluß zu fassen hat. Durch die vom Verwaltungsrat gefassten Beschlüsse hat die Aufwertungsfrage für den Bezirksverband ihre Regelung gefunden. Dabei war es möglich, die Geldgeber innerhalb des Verbandsgebiets, die zugleich die Träger des Risikos des Unternehmens waren, besonders zu berücksichtigen. Zu der Frage der Strompreistarife kann festgestellt werden, daß die Einführung des Grundgebührentarifs im allgemeinen reibungslos vor sich gegangen ist und daß als Auswirkung des Grundgebührentarifs in der Regel eine Verringerung der Stromkosten für die Abnehmer sich ergeben hat.

Ravensburg, 16. Juni. Hochwasserschaden. Der Hochwasserschaden ist hier vorläufig auf 164 000 M geschätzt worden.

Friedrichshafen, 16. Juni. Hochwassergefahr. Von Montag auf Dienstag ist der Seewasserstand von 4,98 auf 5,05 Meter gestiegen. Die den Tag über mehrmals einbrechenden Regenfälle im gesamten Bodenseegebiet und die Schneeschmelze im Gebirge lassen weiterhin eine reichliche Wasserzufuhr erwarten, so daß da und dort bereits Hochwassergefahr droht. Der badische Landesteg im Hafen ist überschwemmt und beim anderen wird das Wasser bald den Bretterbelag erreichen. Die Landestelle Langenargen kann bereits seit längerer Zeit nicht mehr befahren werden und die Dampfer sind gezwungen, in den Hafen einzulaufen.

Sturmschäden in Oberitalien. In Oberitalien sind wiederum schwere Stürme aufgetreten, die großen Schaden anrichteten. Ein bei Brescia stattfindender landwirtschaftlicher Kongress mußte wegen eines starken Wolkenbruchs unterbrochen werden. Häuser wurden abgedeckt und fünf Personen verletzt. Die Felder haben großen Schaden gelitten. Nach dem „Stornale d'Italia“ sind mehrere Sturzflüsse über die Ufer getreten und haben verschiedene Ortschaften überschwemmt.

Schiffsuntergang. Ein englischer Frachtdampfer ist auf der Fahrt von Kobe nach Yokohama auf ein Riff aufgelaufen. Ein japanischer Dampfer rettete 15 Mann des verunglückten Dampfers, die sich in Rettungsbooten befanden. Rund 15 Mann sind noch an Bord des Dampfers, der zur Hälfte bereits von Wasser überfüllt ist.

Handel und Verkehr

Berliner Dollarkurs, 16. Juni 1926.
Kriegsanleihe 0,405.
Franken 171,50 zu 1 Pfd. St., 35,13 zu 1 Dollar.
Belg. Franken 169 zu 1 Pfd. St.

Berliner Geldmarkt, 16. Juni. Täg. Geld 3,5-5 v. H., Monatsgeld 5,25-6,25 v. H., Warenwechsel 5,25-5 v. H., Privatdiskont 4,5 v. H., Schließungsgeld für Monatskante 4,5 v. H.

Die Deutsche Luft Hansa A.-G. hielt am Dienstag hier ihre konstituierende Generalversammlung ab. Außer den Interessenten der an den Stammesgesellschaften Deutsche Aero-Flug A.-G. und Danters Luftverkehrs A.-G. beteiligten Aktionäre sind diejenigen des Reichs, der Länder und sämtlicher deutscher regionaler Luftverkehrs-Gesellschaften in dem neuen Unternehmen zusammengeschlossen. Das Gesamtkapital der Deutschen Luft Hansa stellt sich auf 25 Millionen RM. An der Spitze des Aufsichtsrats steht ein neunköpfiges Präsidium, dessen Vorsitz dem Direktor der Deutschen Bank, Dr. G. v. Stauff, bisheriger Vorsitzender der Deutschen Aero-Flug A.-G., übertragen wurde. Stellvertretender Vorsitzender ist der bisherige Vorsitzende der Danters-Luftverkehrs-A.G., Generaldirektor Hed. Dehau. Als Mitglieder des Vorstandes wurden die Herren Merkel, Bronsky und Milch beauftragt. Ende August wird die International Aero Traffic Association (IATA), die regelmäßig abwechselnd in den europäischen Hauptstädten ihre Sitzungen abhält, zum erstenmal in Berlin zusammentreffen.

Stuttgarter Börse, 16. Juni. Das Geschäft an der heutigen Börse war erschwert durch das schlechte Funktionieren der Telefonverbindungen. Man eröffnete daher sehr unsicher zu meistens rein nominellen Kursen. Später nahen sich die Kurse den spärlich eingelaufenen auswärtigen festereu Kursen an und man bleibt zum Schluß bei mäßigem Geschäft recht fest. Der Rentenmarkt lag auch heute vernachlässigt. Vorkriegs-Pfandbriefe gaben ein wenig nach, während Goldpfandbriefe gut behauptet waren. Staatsanleihen waren ohne Bewegung und kaum verändert. Württ. Vereinsbank, Filiale der Deutschen Bank.

Märkte

Ulm, 15. Juni. Schlachtviehmarkt. Zutrieb: 2 Ochsen, 6 Färren, 8 Kühe, 7 Rinder, 126 Kälber und 139 Schweine. Preise: Ochsen 1. 46-50, Färren 1. 44-46, 2. 38-42, Kühe 2. 28 bis 32, 3. 18-26, Rinder 1. 48-52, 2. 42-46, Kälber 1. 58 bis 62, 2. 52-58, Schweine 1. 66-70, 2. 62-64 Markt. Marktverkauf: langsam.

Kalen, 15. Juni. Viehmarkt. Zufuhr 341, verkauft 192 Stück. Erlöse: Ochsen 1040-1450 Markt das Paar, Stiere 350 bis 400, Färren 190-440, Kühe 300-480, Kalb- und Jungvieh 156 bis 510, Kälber 65-105 Markt das Stück. Der Handel war flau, jedoch war der Markt gut besucht.

Pforzheim, 15. Juni. Schlachtviehmarkt. Zutrieb: 10 Ochsen, 13 Kühe, 42 Rinder, 5 Färren, 2 Kälber, 19 Schafe, 166 Schweine. Preise: Ochsen 1. 50-53, Rinder 1. 53-56, Ochsen und Rinder 2. 45-47, Kühe 25-35, Färren 40-51, Schweine 78 bis 82 Markt.

Schweinepreise. Kalen: Milchschweine 40-52 Käufer 75 bis 100, - Pöpplingen: Käufer 60-90, Milchschweine 50-75, - Lauingen (barr.): Milchschweine 35-47, Käufer 65-80, - Riedlingen: Milchschweine 42-50, Mutterchweine 198 bis 260, - Schw. nningen: Milchschweine 33, - Tübingen: Milchschweine 28-35 Markt das Stück.

Fruchtpreise. Kalen: Weizen 14-15, Roggen 11 bis 11,50, Futtergerste 6,40, Gerste 11,10-11,80, Haber 10,50 bis 11,60, - Ellwangen: Weizen 14,50, Roggen 11,50, Gerste 11,20, Hafer 12, Kernen 14,70, - Lauingen: Weizen 15-15,20, Kernen 15, Gerste 9,80, Haber 9-10, - Leutkirch: Roggen 10, Gerste 11 bis 10,50, Haber 10-10,50, - Riedlingen: Weizen 15,10 bis 15,50, Roggen 10,10-10,30, Gerste 9,70-10, Haber 11,50 bis 12,50, Reis 12-20, - Riedlingen: Weizen 14,20, Gerste 12,5-9,30, Haber 10,25-10,50, Mais 10,50, - Urach: Dinkel 10,70-11, Gerste 11-11,50, Haber 10,50-11,20, Weizen 14 bis 14,50, Roggen 10,50 Markt je der Zentner.



Etwas VIM auf feuchtem Lappen putzt Dir Küche und Haus.

VIM

putzt und poliert alles.

Der Luftdruck steigt unter dem Einfluß eines westlichen Hochdrucks langsam an, doch sind im Norden noch Störungen vorhanden, die sich vorübergehend auch bei uns zeitweilig bemerkbar machen. Für Freitag und Samstag ist wechselnd bewölkt, nur noch strichweise regnerisches Wetter zu erwarten.

PHANKO

Pfannkuch

Zur **Mostbereitung:**
Prima **Most-Rosinen**

Sentner **34,-**
Heinens **Mostertrakt!**

Pfannkuch

Wildbad.
Am Freitag, den 18. Juni 1926, vorm. 10 Uhr kommen im Wege der Zwangsvollstreckung ca. 700 laufende Meter **Pitsch-piné-Riemenböden** zur Versteigerung. Zusammenkunft b. Rathaus. Söhle, Gerichtsvollzieher.

Rehragout und Rehbüge
empfehlen
A. Blumenthal.

Landes-Kurtheater
Direktion: Steng-Krauß
Telephon 135
Donnerstag, den 17. Juni
Irrgarten der Liebe
Schwank in 3 Akten von Hans Sturm.
Anfang 8 Uhr.

Stadt Wildbad.
Vergebung v. Bauarbeiten
am 21. Juni 1926, vormittags 11 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses.

Zur Errichtung von 2 Liegehallen auf dem Sommerberg werden die Grab-, Mauer- und Zimmerarbeiten nach dem Preiseinstellungsverfahren vergeben. Zeichnung und Bedingungen liegen hier zur Einsichtnahme auf. Die Vergabungsunterlagen werden gegen 20 Pf. an unterzeichneter Stelle abgegeben. Die Angebote sind in verschlossenem Umschlag mit entsprechender Aufschrift bis zu genanntem Zeitpunkt einzureichen, zu welchem die Öffnung und Bekanntgabe vor den versammelten Bewerbern stattfindet. Zuschlagserteilung erfolgt durch den Gemeinderat.
Stadtbauamt: W u f.

Heute
schöne schwarze
Einmach-Kirschen
1 Pfund 25 Pfennig.
Hauß.

Sonder-Angebote bedeutend herabgesetzte Preise in

Herren-Artikel
Oberhemden weiß u. farblich Kragen
Einsatzhemden Krawatten
Socken Sportstrümpfe
Trikotunterwölche

Otto Wieser WILDBAD
HAUS KLOSS
König Karlstr.

Flommm
Tuisa, Tuisungsilom
wongu Quididit
Lubozigich
Tommmls
die Giltigmal!

Angenehmes
Fräulein

aus gutem Hause sucht Stellung als Stütze. Evtl. Ladentochter in eine nur gute Konditorei. Offerten an die Tagblatt-Geschäftsstelle erbet.

Turn-Verein Wildbad.

Heute
Donnerstag abend 8 Uhr
Turnerinnen!
Anschließend daran **Turner.**

In Anbetracht des Festes in Oberhausen ist vollzähl. und pünktliches Erscheinen dringend notwendig.

Fußball-Verein Wildbad.

Heute abend **Kein Training.**
Nächste Woche **Training**
Montag, Mittwoch und Donnerstag.
Der Hallwart.

Hausbesitzer-Verein Wildbad e. V.
Heute abend 8 Uhr
Ausschuß-Sitzung
im „Ratskeller.“ (Generalversammlung, Volksbegehren).
Der Vorstand.

Staubsauger
anerkannt beste Marke empfiehlt
Fr. Kappellmann, Elektro-Inst.
NB, Unverbindl. Vorführung. Auf Wunsch Teilzahlung.

Gefahrlos ist zum Spiel der Boden
wenn Sie ihn mit **LOBA-Beize** behandelt haben. Das Holz wird glatt und glänzend, alle Unebenheiten mit samt Rissen und Splintern verschwinden und der Boden strahlt im farbigen, parkettartigen Glas. Aber nur eine **LOBA-Beize** bringt das zuwege, die **die wasserechte**

Deutschnationale Volkspartei.
(D. N. P.)
Am Freitag, den 18. Juni, abends 8 Uhr spricht in der Turnhalle hier Herr Alfred Roth aus Stuttgart über:
„Gegen den Raub des Eigenbesitzes“
Diese sind alle Mitglieder und Freunde der fürstenent-eignung erklärt haben, freundlichst eingeladen.

Wegen Umbau
gewähre ich auf die bereits aufs äußerste zurückgesetzten Preise
10-30 % Rabatt
auf Damen-Kleiderstoffe, Seiden- und Waschstoffe, Spitzen, Besätze, Sommerneuheiten usw.
Modehaus Alt, Pforzheim
Dillsteiner Straße 24.

Wer wagt, gewinnt!
Solitude-Lotterie
zur Erhaltung und zum Ausbau der Solitude-Rundstrecke — Ziehung am 27. Juni 1926
5. Große Geld-Lotterie
zugunsten des Heiligkreuzmünsters in Schwäb.Gmünd
Ziehung am 16. Juli 1926
Eisenacher Geld-Lotterie
Ziehung am 28. und 29. Juli 1926
Preis des Loses je 1 Mark
Zu haben in der Tagblatt-Geschäftsstelle.